

## Riesenskandal: Illegale dürfen bei Test- Verweigerung nicht abgeschoben werden

Einen unglaublichen Skandal macht nun FPÖ-Generalsekretär Michael Schnedlitz öffentlich. Abschiebungen können nicht durchgeführt werden, wenn sich Schubhäftlinge weigern, den vom Ankunftsland geforderten PCR-Test zu machen.

### *Schubhäftlinge können so in Freiheit gelangen*

Schnedlitz kann diese Ungerechtigkeit gegenüber Österreichern kaum fassen. Er meinte zu unzensuriert: Österreicher verlieren teils ihren Job und erhalten Repressalien, wenn sie sich nicht testen lassen. Illegale Schubhäftlinge werden mit der Freiheit belohnt. Das ist eine unglaubliche Demütigung der eigenen Bevölkerung.

### *Österreicher dürfen ohne Test nicht zum Friseur*

Tatsächlich wird Schülern verweigert am Präsenzunterricht teilzunehmen, stimmen Eltern dem Testen nicht zu. Jeder, der zum Friseur, zur Fußpflege oder zur Massage möchte, muß einen Test, der nicht älter als 48 Stunden alt ist, vorweisen. Aber Migranten, die illegal nach Österreich eingereist sind und daher mit einem negativen Asylbescheid abgeschoben werden sollen, dürfen zu Testungen nicht gezwungen werden. Was denkt sich die Regierung dabei?

### *Internes Schreiben aus dem ÖVP-Innenministerium*

Aus einem internen Schreiben des ÖVP-Innenministeriums geht dieser Behörden-Wahnsinn klar hervor. Darin heißt es unter dem Punkt „Verweigerung PCR-Test vor Abschiebung (LPD W AFA)“:

***Die Durchführung eines solchen Tests stellt einen Eingriff in die körperliche Integrität iSd Art 8 EMRK da. Für den Zweck einer Abschiebung ergibt sich weder aus dem EpiG noch aus dem COVID-19-MG eine gesetzliche Grundlage, welche den Betroffenen eine Mitwirkung an bzw. eine Duldung der Testung auferlegt. Mangels gesetzlicher Grundlagen kommen auch ein Titelbescheid und eine Vollstreckungsverfügung nicht in Betracht, dh***

***zum Zweck einer Abschiebung können die Tests nicht erzwungen werden. Wenn ein solcher (neg.) Test Voraussetzung der Einreise in den Drittstaat ist, so ist danach zu trachten, daß sich die Schubhäftlinge diesem freiwillig unterziehen. Sollten sie sich weigern, können sie an dem geplanten Flug nicht teilnehmen. Das BFA (Bundesamt für Fremdenwesen und Asyl, Anm. d. Red.) prüft dann, ob eine Anhaltung in Schubhaft oder die Verhängung des Gelinderen Mittels möglich ist. Ergibt die Sachlage, daß weder Schubhaft noch Gelinderes Mittel anwendbar sind, so ist die Person aus der Anhaltung zu entlassen.***

### *Bei Schubhäftlingen gelten plötzlich Menschen- und Freiheitsrechte*

Wo, bitte, leben wir? Die heimische Bevölkerung wird bei jeder Gelegenheit zum Testen praktisch gezwungen, ja sogar zum Impfen, bei Androhung, sonst den Arbeitsplatz zu verlieren, und bei illegalen Migranten gelten plötzlich Menschen- und Freiheitsrechte, die diese Bundesregierung den Österreichern schon längst genommen hat.

## Trotz Medienschweigen: Riesen Andrang zu Volksbegehren!

Wer unzufrieden mit den unverhältnismäßigen Maßnahmen der Regierung und der Politik der nicht enden wollenden Lockdowns ist und dagegen aktiv werden will, sollte sich das Volksbegehren „Rücktritt Bundesregierung“ genauer ansehen.

### *Aktuelle Demo-Termine für ganz Österreich*

Die Initiative von Elias Mühlbauer und Martin Kaser fordert den Rücktritt der Bundesregierung und sofortige Neuwahlen. Mühlbauer, der Bevollmächtigte des Volksbegehrens, erörtert: „Die Maßnahmen und Verordnungen, seit dem Ausrufen der Pandemie, sind teilweise nicht verfassungskonform und menschlich völlig unangebracht. **Sämtliche von der Bundesregierung erlassene COVID-Verordnungen sind nicht evidenzbasiert und eine Verhältnis-mäßigkeit ist nicht gegeben.**“ Zum Schutz von Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Grundrechten soll die Regierung daher umgehend zurücktreten. :/.

Bestenfalls soll eine halbe Million Stimmen gesammelt werden – damit das Volksbegehren im Nationalrat behandelt wird, reichen jedoch auch 100.000 Unterschriften aus. **Über 20.000 Menschen sollen schon unterschrieben haben – auch wenn der Mainstream das Volksbegehren lieber unter den Teppich kehren würde!**

---

---

## **Supergau für Kanzler Kurz: Nächste Studie sagt, daß „Lockdowns“ nichts bringen**

Es ist ein ausgesprochen sperriger Titel, der eigentlich niemanden einlädt weiterzulesen: „Die Politik des Zuhause-Bleibens als Ausnahmefall: eine internetbasierte ökologische Studie“. Doch schon im Vorspann wird es interessanter, wenn die Autoren des soeben im renommierten Magazin Nature erschienenen Beitrags das Ziel der zugrundeliegenden Studie definieren, nämlich die Untersuchung, ob es einen Zusammenhang zwischen dem Verbleib zu Hause, also einem „Lockdown“, und der Zahl der Corona-Todesfälle gibt.

### **„Lockdowns“ schützten nicht**

Und dann der Supergau für Bundeskanzler Sebastian Kurz (ÖVP):

Zusammenfassend können wir feststellen, daß (...) keinerlei Beleg dafür zu finden ist, daß die Anzahl der Covid-19-Toten pro Million Einwohner durch Lockdowns reduziert worden wäre.

Damit stürzt das Kartenhaus zusammen. Die „Lockdowns“, die verhängt wurden, um die Zahl der Corona-Patienten mit schweren Krankheitsverläufen und Todesgefahr zu drücken, hatten laut der Studie keinerlei Einfluß auf die Anzahl der Personen, die an Corona starben.

### **Keine Modellrechnung, sondern Auswertung von Fakten**

Diese Einschätzung basiert auf der Auswertung von offiziellen Corona-Zahlen in 87 Ländern bzw. Regionen und auf Bewegungsdaten der dortigen Bevölkerung und zwar im Zeitraum vom 15. Februar bis 21. August 2020. Daraus ergaben sich Muster, die hätten zeigen können oder sollen, daß weniger Mobilität weniger Corona-Tote bedeuteten. Doch leider hat sich das nicht bewahrheitet: In 98,4 Prozent der Paarvergleiche hatte die verringerte Mobilität, also der „Lockdown“, keinerlei Einfluß auf die Entwicklung der Zahl der Corona-Toten.

### **Schon im Jänner Studie zur Sinnlosigkeit des Zusperrrens**

Bereits im Jänner hatte die US-Universität Stanford eine vielbeachtete Studie des renommierten Statistikers John P. A. Ioannidis und des Infektiologen Jay Battacharya veröffentlicht, die besagt, daß „Lockdowns“ weitgehend sinnlos sind und nur immensen Schaden anrichten.

## **Gerald G. Grosz**

Es ist ein Jahr her, erinnern Sie sich? An das Anfangsstadium des um sich greifenden Hirnfraßes, auch Corona-Pandemie genannt. Diese unzähligen fürchterlichen Todesstatistiken, die uns damals noch das virenfreie Blut gefrieren ließen, als sie über die Bildschirme flimmerten, uns Angst und Panik einjagten und das nahe Ende unseres physischen Lebens, das Wuhan-Armageddon verkündeten. Die Nachrichtenmoderatoren als moderne Jedermänner mit Exceldatei statt Sense, die Gesundheitsminister als stotternde Boandl-Kramer, die uns aus den Nachrichten heraus die täglichen Sterbefälle im Hochamt des kollektiven Todes eines ganzen Volkes verkündeten. Und dazu die Regierungschefs, die uns Statistiken brav wie Bello apportierend Hunderttausende weitere Tote andrehten. Ob mit oder an Corona verstorben war vollkommen egal, auch nicht nachweisbar, denn die Verkünder des Todes verboten ja die Obduktion. „Man darf Corona-Tote wegen der hohen Infektionsgefahr nicht obduzieren“, erklärten Politiker und Beamte den verduztten Ärzten an den Pathologien, die sich die letzten Jahrzehnte über alle Sterbefälle, egal an welchen Infektionen der Jeweilige über den Jordan schritt, mit Messer und Gabel hermachen mußten. Alles egal, jeder Tote, ob er wollte oder nicht, war in der Corona-Statistik. Denn der Verstorbene konnte sich bekanntlich aus dem Jenseits nicht wehren und die Angehörigen drangen nicht durch. Und nun sterben Menschen nach den heilsbringenden Impfungen. Wenn man dieselbe Methode anwenden würde, die wir vor 12 Monaten allen bisherigen schwer Kranken, alten, multimorbiden Menschen post mortem angedeihen ließen, stellt sich nun dieser Tage und wahrscheinlich auch die nächsten Wochen die alles entscheidende Frage: Sind die Geimpften nun auch Impftote, unabhängig ob an oder mit der Impfung, verstorben? Und wenn nein, warum plötzlich nicht. Die Statistiker wurden doch bisher schon zur Lüge und Vertuschung gezwungen, warum nicht auch in Zukunft? Und die zweite Frage: Ist nun der Impftote ein vernachlässigbarer Kollateralschaden als die Mizzi-Tant, die mit 98 schwer krebskrank das Zeitliche segnet, und deren Leben man retten wollte und den Rest der Menschheit vernichtete. Frau Merkel, Herr Kurz, Herr Spahn, Herr Angstschober, verblödete und gleichsam verlogene Regierungschefs der Erde, die dritte Frage richtet sich an Sie: Ist der Impftote ein guter Kollateralschaden ohne Konsequenzen und der Corona-Tote ein schlechter Kollateralschaden mit darauffolgendem Lockdown? Viele Fragen, ich weiß. Allesamt Fragen, die nicht in Ihr Konzept passen. Und die Medien schweigen, sind vollgefressen mit Hunderten Millionen Euro an Presseförderungen und Inseraten. Aber es gibt Angehörige und Hellhörige. Und die fragen Sie unentwegt, bis Sie Antworten geben!

# ERDAPFEL-SKANDAL BRINGT KÖSTINGER UNTER DRUCK

## *„ÖVP-Systemversagen“ zerstört Bauern*

Während Landwirtschaftsministerin Elisabeth Köstinger per Flugzeug nach Vorarlberg reist, um die offene Gastronomie zu inspizieren, schlittert ihr Ministerium in einen Erdapfel-Skandal. Ägyptische Knollen im heimischen Supermarkt setzen den Bauern immer mehr zu. Die FPÖ fordert Köstingers Rücktritt, SPÖ-Dornauer sieht „ÖVP-Systemversagen.“

Einen Erdapfel-Skandal hat die Landwirtschaftskammer Steiermark aufgedeckt. Erdäpfel aus Ägypten werden als „Frühkartoffeln“ in heimischen Supermarktketten angeboten. Doch in 12 von 15 Proben handelt es sich dabei um „Herbstkartoffeln“ der Sorte „Ditta“, die ursprünglich aus Österreich kommt.

### Qualitätsmängel

Die ägyptischen Erdäpfel weisen zudem erhebliche Qualitätsmängel auf. Notwendig wären die ägyptischen Knollen jedenfalls nicht, Österreichs Bauern produzieren ausreichend Kartoffeln. Es wäre möglich, die Bevölkerung ganzjährig mit heimischer Ware zu versorgen, so die Landwirtschaftskammer.

Tirols SPÖ-Chef Georg Dornauer richtet in einer Aussendung klare Worte an ÖVP-Landwirtschaftsministerin Elisabeth Köstinger:

*„In Sonntagsreden ist es immer leicht, von Regionalität, Wertschätzung und bewusstem Konsum zu sprechen. Hier hätten die Verantwortlichen die Gelegenheit gehabt, Kante zu zeigen und diese offensichtliche Dummheit zu verhindern – das haben sie jedenfalls nicht getan. Es ist absolut inakzeptabel, dass im großen Stil ägyptische Kartoffeln in unserem Land verkauft werden, derweil die heimischen Erdäpfel in den Lagern verrotten. Das hat mit Wertschätzung und Unterstützung unserer heimischen Bauern überhaupt nichts zu tun.“*

### FPÖ will Köstinger-Rücktritt

Tiroler Bauern fänden aufgrund der eingebrochenen Wirtschaft und dem Preisdruck aus dem Ausland immer weniger Abnehmer. In riesigen Hallen werden die Erdäpfel aktuell gelagert. Laut FPÖ sei sogar ein Tiroler ÖVP-Bauernbündler direkter Nutznießer der Billigimporte.

*„Der Tiroler ÖVP-Bauernbündler Romed Giner packt die ägyptische Billigware zum Schaden unserer Bauern ab und bringt sie im Handel in Umlauf. Umverpacken von Waren aller Art ist wohl der letzte Schrei im Umfeld der ÖVP. Diese Truppe um den türkisen Kanzlerprinzen muss ein Ende finden, es vergeht kein Tag ohne Skandal mit Bereicherungen auf dem Rücken unserer Betriebe und Bevölkerung“,*

sagt FPÖ-General Michael Schnedlitz in einer Aussendung. Köstinger solle entweder sofort handeln oder zurücktreten.

Die Landwirtschaftsministerin hat sich zum Erdapfel-Aufreger noch nicht geäußert. Sie kassierte erst am Donnerstag einen Shitstorm, weil sie per Flugzeug von Wien nach Vorarlberg reiste. Dort sah sie sich vor Ort die offene Gastronomie an.

---

## Freud'scher Versprecher? Kurz spricht im ORF von Impfstoff-Verbrechen

Was ist los mit Sebastian Kurz? Zuvor hatte er das Impfstoffthema zur Chefsache erklärt. Nun da er zunehmend in die Kritik geraten ist, aufgrund seiner Härte in Bezug auf das Beibehalten seines gnadenlosen Impfkurses und das trotz der verheerenden Zwischenfälle mit AstraZeneca, scheint er die Verantwortung zunehmend abzustreifen. Und wird dabei scheinbar zunehmend nervös.

Zuerst schob Kurz die Schuld für die Anschaffungsschwierigkeiten der Impfstoffe den Beamten zu, um später Impfkoordinator Martin Auer als Sündenbock durch Gesundheitsminister Anschober abziehen zu lassen. Jetzt erklärte er in der ORF-„Zeit im Bild“, dass die Europäische Union nun für ausreichend Impfstoff für alle sorgen werde. – Wieder gibt er die Verantwortung – die er ja ursprünglich zur „Chefsache“ erklärt hatte – weiter.

Dabei scheint Kurz zunehmend in Nervosität zu geraten. So sprach er in der ZIB – offenbar unabsichtlich – von einem „Verbrechen“ als es darum ging, dass „alle gleich viel Impfstoff“ bekämen. Das Video der Sendung sorgt für reichlich Kopfschütteln im Internet.

### „Und dieses Verbrechen...“

Kurz im Wortlaut: „Denn die Europäische Union hat ja allen 450 Millionen Bürgern immer versprochen, alle bekommen gleich viel Impfstoff. Und dieses Verbrechen... Versprechen wird jetzt wahrscheinlich auch von der Europäischen Union eingehalten werden.“ Wird Kurz nun zum Impfstoff-Kritiker? Wie kam es sonst zu diesem eigenartigen Versprecher?

# Nehammer bestätigt: ÖVP hat „rechtsextremen Angriff“ auf Parteizentrale erfunden

Die ÖVP faselte in einer Presseaussendung vom 20. Dezember von einem „rechtsextremen Angriff auf die ÖVP-Bundesparteizentrale“. FPÖ-Abgeordnete Dagmar Belakowitsch wollte es genau wissen und stellte eine parlamentarische Anfrage an ÖVP-Innenminister Karl Nehammer. Dieser wußte aber nicht einmal von einer Anzeige durch die ÖVP.

## Kein Sachschaden, keine Anzeige

Nehammer mußte in der Anfragebeantwortung zugeben: Bei der Aktion der Identitären vor der ÖVP-Zentrale, wo die Europaflagge durch Aktivisten mit jener der Identitären ausgetauscht wurde, entstand an der Fassade der ÖVP-Zentrale keinerlei Sachschaden, und die Aktion wurde von der ÖVP nicht einmal angezeigt.

## Fahnentausch war harmlos und friedlich

Anlaß der Fahnen-Aktion war die Ankündigung Nehammers, die Symbole der Identitären Bewegung (das griechische Lambda) gesetzlich verbieten zu lassen. Ein Video auf der Webseite „Patrioten in Bewegung“ zeigt, daß die Aktion harmlos und friedlich verlaufen war, und daß der Fahnentausch auch nicht – wie von der ÖVP behauptet – von der Polizei und der Feuerwehr gestoppt werden mußte.

Nichtsdestotrotz verglich ÖVP-Generalsekretär Axel Melchior das Hissen einer Fahne mit dem Brandanschlag auf die FPÖ-Zentrale in Niederösterreich im August 2019. Nun aber mußte die ÖVP Farbe bekennen und die Anfrage der FPÖ wahrheitsgetreu beantworten.

## Und so sieht die Wahrheit in Wirklichkeit aus:

Frage: Wurde durch das Einschreiten von Polizei und Feuerwehr ein Eindringen in die Bundesparteizentrale der ÖVP verhindert? Wenn ja, wie genau wurde versucht, in die ÖVP-Parteizentrale einzudringen? Wenn ja, hatten die beteiligten Personen Werkzeug bei sich, die ein Eindringen in ein gesichertes Gebäude möglich gemacht hätten? Wenn ja, gibt es bereits ein oder mehrere Geständnisse von Beteiligten, die das „Eindringen in die Parteizentrale“ bestätigt haben? Antwort Nehammers:

*Es liegen keinerlei Anhaltspunkte vor, daß diese Personen beabsichtigten oder versuchten hätten, in die Bundesparteizentrale der ÖVP einzudringen.*

Frage: Kam es bei der Aktion am 19. Dezember 2020 zu Sachbeschädigungen? Wenn ja, was wurde beschädigt? Wenn ja, wie hoch wird der Sachschaden beziffert? Wurde von Seiten der ÖVP am 19. Dezember Anzeige erstattet? Wenn ja, wurde auch das versuchte unbefugte Eindringen in die Parteizentrale am 19. Dezember angezeigt? Antwort Nehammers:

*Nein.*

---

## Ein notwendiger Kampf zur Erhaltung der Grundrechte

„Unwissenheit schützt nicht vor Strafe“, bekommen die Bürger dieses Landes schon von klein auf eingetrichtert, und erst recht sollte niemand vor Strafe geschützt werden, der vorsätzlich gegen das Grundgesetz verstößt.

Doch genau dies macht die grün-türkise Regierung nun schon seit einem Jahr mit ihren Covid-19-Notstandsverordnungen, die vom Verfassungsgerichtshof letztlich immer wieder wegen Rechtswidrigkeit aufgehoben werden.

Dabei ist es völlig egal, welche Gründe dem jeweiligen Gesetzesverstoß zu Grunde liegen. Ein Täter, der aus der Not heraus eine Bank überfällt, darf auch nicht mit Straffreiheit rechnen. Macht er dies trotzdem mehrmals hintereinander, gilt er als schwerer Rückfalltäter.

## Freiheit jeden Tag aufs Neue erkämpfen

Nur unsere Regierung darf weiter permanent gegen das Grundgesetz verstoßen und jene Leute drangsalieren, die mit Protestmärschen auf die Einhaltung ihrer verbrieften Grundrechte pochen. Mein früherer Chef, OÖN-Chefredakteur Hermann Polz, pflegte mir immer zu predigen, daß zwar auch die Pressefreiheit im Gesetz verankert sei, diese aber dennoch jeden Tag aufs Neue erkämpft werden müsse. Dasselbe gilt es nun auch für den Erhalt unserer Grundgesetze zu tun, und nichts anderes machen die vielen Protestierer. Dies sollten Demokraten eigentlich zu schätzen wissen.

---

## **Lesen Sie auch KOMMENTARE ZUM ZEITGESCHEHEN**

Probeexemplare der KOMMENTARE erhalten Sie unter der Adresse:

A 1171 Wien, Postfach 543. Helfen Sie uns bei der Verbreitung unserer Zeitungen und Flugschriften!

---

**Wiener Beobachter, Folge 276** - Herausgeber: AFP, Arbeitskreise W, NÖ, B.  
Medieninhaber: Manfred Hubral, alle einschließlich Redaktion: Krauseg. 14, 1110 Wien;  
e-Post: [wienbeobachter@mail.ru](mailto:wienbeobachter@mail.ru), Internetz: [www.volksherrschaft.info](http://www.volksherrschaft.info)  
Blattlinie: Der **Wiener Beobachter** tritt für die Verwirklichung der Grund- und Freiheitsrechte aller Völker ein. \* Erscheinungsort: Wien \*